

Bildung

Heißes Eisen Microsoft

Der Test-Einsatz von „Office 365“ an Schulen ist beendet. Die Ergebnisse werden gespannt erwartet. Scheitert das Cloud-Projekt am Datenschutz oder gibt es eine Lösung?

08.04.2021

Von AXEL HABERMEHL



(/Bilder/Eine-Schuelerin-sitzt-in-einem-Arbeitszimmer-und-erledigt-747096h.jpg)

Eine Schülerin sitzt in einem Arbeitszimmer und erledigt am Computer Aufgaben für die Schule.
Foto: Sebastian Gollnow/dpa

Stuttgart. Noch ist völlig unklar, wer in den kommenden fünf Jahren das baden-württembergische Kultusministerium führen wird. Fest steht: Amtsinhaberin Susanne Eisenmann scheidet aus. Die bei der Landtagswahl unterlegene Spitzenkandidatin der CDU hat ihren Abschied aus der Politik angekündigt. Auf den oder die Neue im Amt warten viele Aufgaben – und gleich eine Entscheidung mit großer Tragweite: Wie weiter mit Microsoft? Oder: Geht es überhaupt weiter mit dem heftig umstrittenen Einsatz von Produkten des US-amerikanischen Software-Unternehmens an Schulen in Baden-Württemberg, den Eisenmann forcierte und zuletzt per Pilotprojekt testen ließ?

Anzeige



(<https://www.tagblatt.de/AdServer/BannerClick.axd?kId=1019&eLogType=643&kPubUnitId=1024&kEditionId=44&eWcmsZone=2&kClfId=-1&kSectionId=507&kRealEstateCityId=-1&kEventAreaId=1&kWcmsCustomAreaId=-1&kDefPosId=16>)

Die Forderungen, Schulen den Cloud-Dienst „Office 365“ landesweit zur Verfügung zu stellen, sind laut. Schon jetzt nutzen etliche Schulen die Software für digital gestützten Unterricht. Sie operieren damit in einer rechtlichen Grauzone. Denn es besteht der Verdacht, dass Microsoft personenbezogene Nutzerdaten – auch minderjähriger Schüler – außerhalb hiesiger Rechtsgrundlagen verarbeitet. Mindestens ebenso laut wie die Befürworter äußern sich, auch aus weiteren Gründen, Mahner, die einen steuerfinanzierten Einsatz im Rahmen einer landesweiten „digitalen Bildungsplattform“ verhindern wollen. Zuletzt forderte ein Bündnis – unter anderem aus Landeseltern- und Landesschülerbeirat, mehreren Lehrerverbänden und Verbraucherzentrale – den Stopp des Projekts.

Pilotprojekt beendet

Das größte Hindernis waren bisher Bedenken von Stefan Brink. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationssicherheit (LfDI) zweifelt, wie viele seiner Kollegen in anderen Bundesländern, ob „Office 365“ rechtskonform an Schulen genutzt werden kann. Eine erste Datenschutzfolgeabwägung des Ministeriums wies er als unzureichend und „nicht akzeptabel“ zurück.

Nach Nachbesserungen erklärte Brink sich bereit, ein Pilotprojekt zu begleiten: Freiwillige Lehrer an 29 beruflichen und einer allgemeinbildenden Schule bekamen Accounts zu einer speziell konfigurierten Programmversion und testeten die Funktionen. Schüler bekamen keine Zugänge. Der LfDI beriet dabei und führte Messungen durch, um Datenflüsse zu kontrollieren. Das Ministerium befragte Leiter und Lehrer der teilnehmenden Schulen. Ende März endete der Test.

„Die technischen und organisatorischen Vorbereitungen zur Bereitstellung der E-Mail und des persönlichen Arbeitsplatzes für Lehrkräfte haben sich im Piloten bewährt“, teilt das Ministerium mit. Die Auswertung werde aktuell mit dem LfDI abgestimmt.

Intern wurde die Befragung von Pilot-Nutzern ausgewertet. Diese „Evaluation“, die unserer Zeitung vorliegt, enthält vor allem drei Kernaussagen: Die Mehrheit der Befragten begrüßt die Bereitstellung von „Office 365“, unter anderem mit der für berufliche Schulen spezifischen Begründung, die Programme würden auch in Ausbildungsbetrieben genutzt. Zudem wünschen sich die Nutzer das „volle Programm“, nicht die aufgrund der Datenschutz-Bedenken abgespeckte Version. Vor allem beim Videokonferenz-System „Teams“, das besonders oft genutzt werde, hätten Lehrer gern freiere Hand.

„Ein Aus wäre fatal“

An beruflichen Schulen ist „Office 365“ schon jetzt weit verbreitet. Laut Thomas Speck, Landeschef des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen (BLV), nutze es die Hälfte dieser Schulen. Sie seien auf die Software angewiesen, für die Lehre, aber auch zur Vernetzung untereinander und mit Ausbildungsbetrieben. Natürlich müsse der Datenschutz gewährleistet sein, und auch alternative Produkte hätten ihre Einsatzberechtigung. Doch ohne Microsoft gehe es aktuell nicht. Speck fordert eine Ausweitung des Pilotprojekts – zeitlich und funktionell. „Ein Aus wäre fatal und würde uns um Jahre zurückwerfen“, sagt er.

Die entscheidende Frage ist nun, was Brinks Messungen ergeben haben: Fließen wirklich nur die vereinbarten Daten? Sind sie ausreichend verschlüsselt? Oder übermittelt die Software, wie Kritiker vermuten, Daten zur eigenen Nutzung an den Mutterkonzern, wo sie womöglich dem Zugriff von US-Behörden unterliegen? Brink lässt sich bisher nicht in die Karten schauen. Man habe Messungen durchgeführt und die Befunde dieser Tage mit Microsoft-Technikern besprochen. „Bis Ende April wollen wir eine Bewertung anfertigen und dem Kultusministerium eine Empfehlung aussprechen“, sagt er. Auch Grüne und CDU, die über die Fortsetzung ihrer Koalition verhandeln, will er informieren.

Sein Fazit wird gespannt erwartet. Eisenmann, die neben anderen Modulen auf Microsoft setzte, wird sich bei der Entscheidung heraushalten. Man werde „keine grundlegenden und weitreichenden Entscheidungen mehr treffen“, teilt das Ministerium mit. Dies gebiete „der Respekt vor der neuen Landesregierung“.

zuletzt aktualisiert: 8. April 2021, 06:00 Uhr



(<http://de.facebook.com/sharer.php?u=https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Heisses-Eisen-Microsoft-496703.html>)